

## Anlage 03

### Eigenerklärung entsprechend §§ 123, 124 GWB, § 21 AentG und § 19 MiLoG

Vergabe: BM-2025-00402

Lieferung eines Hochtemperatur-Polymerelektrolytmembran-Brennstoffzellen-Aggregats  
(HT-PEM-FC-Aggregat)

#### 1 Eigenerklärung zu strafrechtlichen Verurteilungen in den letzten 5 Jahren

Entsprechend § 31 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB erkläre/n ich/wir:

Weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), sind in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt wegen:

1. § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f StGB (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. § 333 StGB (Vorteilsgewährung) und § 334 StGB (Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
10. § 370 Abgabenordnung (AO), auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
11. §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
12. Verstoßes gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten.

Hinweis: Gemäß § 123 GWB gelten zusätzlich folgende Regelungen:

- Verurteilungen oder Geldbußen im Ausland werden wie inländische behandelt.
- Das Verhalten von Geschäftsführern oder leitenden Angestellten wird dem Unternehmen zugerechnet.
- Ein Ausschluss erfolgt auch bei nicht gezahlten Steuern oder Sozialabgaben, sofern dies nicht nachgeholt wurde.
- In begründeten Einzelfällen (z. B. öffentliches Interesse) kann von einem Ausschluss abgesehen werden.

## 2 Eigenerklärung zur Einhaltung von Vergabeanforderungen und Ausschlussgründen nach § 124 GWB

Zu § 124 GWB erkläre/n ich/wir, dass:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich weder in Liquidation befindet noch seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
7. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat,
8. das Unternehmen
  - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - c) keine fahrlässigen oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

### 3 Eigenerklärung zu laufenden Ermittlungs- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren im Sinne des § 124 GWB

Zudem erkläre/n ich/wir:

*(Zutreffende Aussage ankreuzen und ggf. begründen)*

Gegen mich/uns ist ein

- ☐ Ermittlungsverfahren
- ☐ Ordnungswidrigkeitenverfahren

wegen einer Zuwiderhandlung gegen gesetzliche Vorschriften anhängig, die als schwere Verfehlung im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB einzustufen sein könnte.

Hinweis: Die genauen Umstände sind im Folgenden darzulegen und zu begründen\*.

*\*ggf. auf gesonderter Anlage*

- ☐ Gegen mich/uns ist kein Ermittlungs- und /oder Ordnungswidrigkeitenverfahren im oben genannten Sinne anhängig.

### 4 Eigenerklärung gemäß § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG)

Entsprechend § 21 AEntG erkläre/n ich/wir:

1. Ich/wir sind in den letzten zwei Jahren nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden.
2. Es liegt keine noch nicht geahndete schwerwiegende Verfehlung im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AEntG vor.

### 5 Eigenerklärung zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

Entsprechend § 19 MiLoG erkläre/n ich/wir:

1. Bei Ausführung der Leistungen dieses Vertrages wird dem eingesetzten Personal stetig und fristgerecht nicht weniger als der Mindestlohn nach Maßgabe des Mindestlohngesetzes (MiLoG) gezahlt.
2. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf die eingesetzten Nachunternehmer gemäß Nachunternehmerverzeichnis. Der Einsatz weiterer Nachunternehmer bedarf der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.



3. Ich/wir tragen dafür Sorge, dass sich die Nachunternehmer ebenfalls vertraglich zur Wahrung der Maßgaben der Ziffer 1 verpflichten und ihrerseits bei Einsatz weiterer Nachunternehmer diese Verpflichtung vertraglich aufnehmen.
4. Es liegen keine rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 und 2 MiLoG vor, die einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 MiLoG begründen würden.

## 6      **Schlusserklärung**

**Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen zu §§ 123, 124 GWB, § 21 AEntG und § 19 MiLoG meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung gemäß § 31 Abs. 1 UVgO i. V. m. § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB oder im Falle der Auftragserteilung eine fristlose Kündigung gemäß den entsprechenden Vorschriften des Vertrages zur Folge haben können.**

---

*Ort, Datum (TT.MM.JJJJ)*

---

*Unterschrift des gesetzlichen Vertreters  
oder Bevollmächtigten*

---

*Unterschrift in Druckbuchstaben*

---

*Firmenstempel*